

## Uno à la mode

sen wie zu Anfang der neunziger Jahre. Die Frage ist allerdings, ob sie der Entwicklungsfinanzierung in den Entwicklungsländern zugute kommen wird. Es entsteht nicht nur eine Konkurrenz in der Verwendung von Mitteln zur Konversion der Waffenindustrie und der Armeestandorte (Rüstungskonversion), der Frieden kann auch die »Hilfsmüdigkeit« (»aid fatigue«) erhöhen, die Prioritätenskala der Geberländer somit zuungunsten der Entwicklungsländer verändern; dieser Tendenz muß also vorgebeugt werden.

Eine Möglichkeit besteht in der Ergänzung beziehungsweise Änderung der Vergabekriterien, indem eine »Friedenskonditionalität« eingeführt wird. Die Weltbank hat beispielsweise damit begonnen (wohl vor dem Hintergrund des vom UNDP vorgelegten »Berichts zur menschlichen Entwicklung« für 1990<sup>5</sup>), das Verhältnis von Militärausgaben zu Sozialausgaben im Nehmerland in die Formulierung ihrer Anpassungsprogramme und in die Projektvergabe einzubeziehen; die Entwicklungshilfe Japans wird ähnlich gesteuert.

Damit ist angedeutet, daß die »Friedensdividende« auch und nicht zuletzt in den Entwicklungsländern selbst eingefordert werden muß. Jede Verringerung, wie klein auch immer, der Verschwendung von Ressourcen der Entwicklungsländer für Waffenimporte und für die Unterhaltung großer Armeen konstituiert für sich eine solche Friedensdividende für Entwicklungszwecke.

Die Beendigung des Kalten Krieges wird zum anderen die Bedeutung geopolitischer Erwägungen in der Mittelvergabe reduzieren und kann insofern die Grundbedürfnisorientierung der öffentlichen Entwicklungshilfe stärken. Ein allzu großer Teil der öffentlichen Entwicklungshilfe floß in der Vergangenheit an sogenannte strategische Alliierte der Hauptgeberländer. Auch bei dieser Frage wäre es aber voreilig, allzu rasche Änderungen in Einstellungen und Verhaltensweisen zu erwarten, die sich über die letzten vierzig Jahre entwickelt haben. Der jüngste Schuldenerlaß für Ägypten seitens der USA und der arabischen Nachbarn im Zusammenhang mit dem Golfkrieg erinnert daran. In ähnlicher Weise mag die Handhabung der Schulden Polens seitens der OECD-Länder ein Reflex geopolitischer Erwägungen sein; selbst der außergewöhnlich raschen Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Europa-Bank) haftet dieses Etikett an. Wenn also auch keine Garantie dafür gegeben sein mag, daß die Entwicklungshilfe ihre geopolitische Orientierung völlig verliert, so ist doch die Chance vorhanden, daß nicht-militärische, nicht-strategische Determinanten der Entwicklungsfinanzierung wichtiger werden, insbesondere bei der öffentlichen Entwicklungshilfe.

### 2. Zunehmendes Umweltbewußtsein

Zu den positiven Tendenzen auf der internationalen Ebene gehört zweifellos die Sorge um die Wiederherstellung beziehungsweise Erhaltung der natürlichen Umwelt. Die Erkenntnis, daß unregulierter Industrialismus einerseits und zunehmende Armut andererseits die Ressourcenbasis zerstören, von der das Wohl der gesamten Menschheit letztendlich abhängt, hat sich erfreulicherweise rasch verbreitet. Ein Ergebnis dieses Lernprozesses ist ein vielfältiger, mächtiger »Umwelt-Lobbyismus«. Durch Druck von unten und von nebenan ist Umweltschutz zu einem Bestandteil der Formulierung und auch der Implementierung von Entwicklungspolitik geworden. Viel bleibt aber noch zu tun – das werden zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Brasilien deutlich machen. Neue Allianzen zwischen Entwicklungspolitikern und Umweltpolitikern werden entstehen.

Eine globale Umweltpolitik wird auch zusätzliche Mittel für die Entwicklungsländer mobilisieren. So hat beispielsweise das Montreal-Abkommen zum Schutz der Ozonschicht zur Einrichtung eines Fonds geführt, mit dem die Entwicklungs-

Wer außenpolitisch auf sich hält, trägt hierzulande derzeit Uno. Den modischen Trend bestimmt die immer wieder wunschhaft getroffene Feststellung, die Welt erwarte von dem geeinten Deutschland die Übernahme von mehr internationaler Verantwortung. Die Schnittmuster liefern die neue deutsche Verlegenheit und Unsicherheit, wie solches zu bewerkstelligen sei. Denn Übernahme von internationaler Verantwortung bedeutet im allgemeinen auch internationale Machtausübung. Und der Wunsch nach mehr deutscher Machtausübung scheint nicht ganz ungeteilt zu sein. Wohl nicht von ungefähr sprachen sich im Frühjahr bei einer Umfrage in den USA fast 100 vH für eine finanzielle, aber 75 vH gegen eine militärische Beteiligung Deutschlands am Golfkrieg aus.

So wird bei uns jetzt erst einmal laut und kreativ nachgedacht. Der Außenminister etwa schlägt einen Koordinator für Katastrophenhilfe vor, der Umweltminister UN-Aktionen für den Umweltschutz, und da Helme zur Zeit, wenn auch nicht unumstritten, »in« sind, sollen die gewünschten Öko-Pazifizierer der Uno grüne Helme tragen. Alles ganz so, als ob es nicht schon seit 20 Jahren, wenn auch von manchen Politikern nicht sehr beachtet, geschweige denn unterstützt, in Genf einen Koordinator der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe (UNDRO) und in Nairobi ein UN-Umweltprogramm (UNEP) gäbe. Auch der Gedanke eines UN-Gerichtshofs für Menschenrechte feiert bei uns fröhliche Urständ, wie vermutlich bald auch der ebenso alte und ebenso komplizierte Gedanke eines UN-Hochkommissars für Menschenrechte. Ganz so, als ob hier auf dem kurzen Wege einfache Lösungen für schwierige Probleme zur Verfügung stünden. Und mehr und mehr wird über eine ständige deutsche Mitgliedschaft im Sicherheitsrat laut nachgedacht. Ganz so, als ob . . .

In der weniger wolkigen Wirklichkeit stoßen sich die Dinge härter im Raum. In den UN neue Verantwortung für die Weltordnung zu übernehmen, hätte für Deutschland im letzten Herbst bedeuten können, sich in der Golfkrise konsequent für eine UN-Lösung einzusetzen. Was bedeutet hätte, sich mit allen Konsequenzen dagegen zu stellen, daß die Verantwortung und das Handeln von der Uno an die westlichen Großmächte abgegeben wird, wie dies dann bekanntlich mit der Resolution 678 des Sicherheitsrats vom 29. November geschehen ist. Doch blieb es bei der Verantwortung alter Art. Was Deutschland an die Seite der siegreichen Großmächte brachte und die Uno, wie Pérez de Cuéllar zutreffend urteilte, auf der Seite der Verlierer beließ. Eine einmalige Chance, der Uno bei ihrem Bemühen um eine verbesserte Weltordnung mehr Gewicht zu geben, wurde vertan.

In diesem Frühjahr wiederum war frühzeitig abzusehen, daß in Irak der Verfolgung und Flucht der Kurden eine solche der Schiiten folgen würde. Ein Modellfall für die Verwirklichung der von der Bundesrepublik mit Beharrlichkeit 1986 in den UN durchgesetzten (bei uns als »Flüchtlingsinitiative« geläufigen) Verfahren für vorbeugende Maßnahmen bei sich abzeichnenden Migrations- und Fluchtbewegungen. Eine herausragende Chance für einen Staat, der sich zu größerer Verantwortung innerhalb der Uno und für hilfsbedürftige Menschen berufen fühlt, um mit Beispiel und Initiative voranzugehen. Denn hatte der Bundesaußenminister nicht am 26. September 1990 vor der UN-Generalversammlung gesagt, das geeinte Deutschland wolle in der Uno eine »Politik des guten Beispiels« betreiben? Und hatte es nicht auch direkte Appelle aus der Region an die Bundesregierung gegeben? Doch nichts dergleichen geschah. Hingegen ist zu registrieren, daß der Beitrag zum Hilfsfonds des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), den die alte Bundesrepublik 1990 zum letzten Mal zahlte, 16 Mill DM betrug, während der erste Beitrag, den das geeinte Deutschland 1991 entrichtete, 8 Mill DM betrug. Nicht mit modischem Nachdenken über eine verbesserte Uno, sondern nur durch verstärkte Unterstützung der bestehenden Vereinten Nationen kann Deutschland seiner ebenso alten wie neuen internationalen Verantwortung gerecht werden.

Hans Arnold □